

SoVD richtet Forderungen an die Regierung – außerordentliche 18. Bundesverbandstagung

## „Für eine solidarische Gesellschaft“

Der SoVD hat im Rahmen einer außerordentlichen Verbandstagung die Hannoveraner Erklärung „Für eine solidarische Gesellschaft“ verabschiedet. Darin fordern die Delegierten ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Sozialstaat.

Als einer der ältesten und größten Sozialverbände appelliert der SoVD an die Bundesregierung, ihr Versprechen „Wohlstand für alle“ mit Leben zu füllen und die soziale Balance wiederherzustellen.

Auch vor dem Hintergrund, dass in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger Opfer der tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise sind, macht sich der SoVD weiterhin für die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen stark. „Als Verband sind wir so notwendig wie vor 90 Jahren und müssen uns zu den politischen Ereignissen äußern“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer.

In der einstimmig verabschiedeten Erklärung richten sich die Delegierten der außerordentlichen 18. Verbandstagung gegen sinkende Realeinkommen, dramatische Rentenniveauperluste und wachsende Armut. Die sich immer schneller öffnende Schere zwischen Arm und Reich sei mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes unvereinbar, heißt es in den Schwerpunktfor-



Fotos (2): Etzkorn

Mit 193 Delegierten war die außerordentliche 18. Bundesverbandstagung, die unter Aufsicht zweier Notare stattfand, beschlussfähig.

derungen an die neue Bundesregierung. Und: Nur eine Politik der Verteilungsgerechtigkeit verdiene das Vertrauen der Menschen und sei geeignet, dauerhaft den sozialen Frieden in Deutschland zu sichern.

„Für diesen Titel haben wir uns sehr bewusst entschieden“, sagte der SoVD-Präsident. „Denn wir haben unser Leitbild nicht aus den Augen verloren – auch wenn dies viele andere getan zu haben scheinen, selbst unter den politisch Verantwortlichen.“ So erkennt der SoVD in der Erklärung zwar an, dass sich CDU, CSU und FDP im Koalitionsvertrag die Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben. Andererseits wird aber fest-

gestellt, dass der Koalitionsvertrag die sozialen Sicherungssysteme in den Bereichen Gesundheit und Pflege in ihrer solidarischen Struktur in sehr grundsätzlicher Weise infrage stellt. Die Erklärung (Anmerkung der Redaktion: Die Sozialpolitischen Forderungen werden im Wortlaut in der Februar-Ausgabe der Verbandszeitung veröffentlicht) umfasst Forderungen 1. für eine sozial gerechte Bewältigung der Krise, 2. für den Ausbau der sozialen Krankenversicherung, 3. für den gleichen Zugang zu notwendigen Gesundheitsleistungen, 4. für eine würdevolle Pflege, 5. für die Sicherung eines angemessenen Rentenniveaus, 6. für eine Mindestsicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung und die Abschaffung der Rente mit 67, 7. für einen bundeseinheitlichen Mindestlohn, 8. für bedarfsgerechte Grundsicherungsleistungen, 9. für eine inklusive Teilhabepolitik für behinderte Menschen und 10. für den Erhalt einer einheitlichen Sozialgerichtsbarkeit.

Ein weiterer Schwerpunkt der außerordentlichen 18. Verbandstagung in Hannover waren die von den Registergerichten geforderten Beschlussfassungen, die zur formalen Inkraftsetzung der Vorselektierung bzw. Abspaltung der Landesverbände Berlin-Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein führen. Vorab war allen Mitgliedern des SoVD fristgerecht die Möglichkeit der Einsichtnahme in die der Beschlussfassung zugrunde liegenden Unterlagen gegeben worden. Mit 193 Delegierten war die außerordentliche 18. Verbandstagung beschlussfähig und fand unter Aufsicht zweier Notare statt. Die Abstimmung zu den Abspaltungen bzw. Vorselektierungen erfolgte ohne Gegenstimme.



Die Delegierten fordern in der einstimmig verabschiedeten Erklärung ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Sozialstaat.

3. Monitoring-Bericht des „Netzwerkes für eine gerechte Rente“

## Rente mit 67 zurückziehen

Die Voraussetzungen für die Rente mit 67 sind nicht gegeben. Dies zeigt der dritte Monitoring-Bericht des „Netzwerkes für eine gerechte Rente“, in dem SoVD, DGB, Volkssolidarität, VdK und weitere Verbände organisiert sind.

„Viele ältere Arbeitnehmer haben schon jetzt oftmals keine realistische Chance, auch nur bis 65 zu arbeiten. Für sie bedeutet das höhere Renteneinstiegsalter eine weitere Kürzung mit schweren Folgen“, warnt SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer entsprechenden Presseerklärung. Der SoVD fordert, die Rente mit 67 im kommenden Jahr nach der vom Gesetz vorgesehenen Prüfung zurückzuziehen. Bis dahin sollte die Rente mit 67 umgehend ausgesetzt werden. Nach der Studie arbeitet bereits heute nur jeder 20. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bis zum geltenden Regelalter für den Rentenbeginn von 65 Jahren. Für die

überwiegende Mehrheit sind hierfür vor allem gesundheitliche Gründe ausschlaggebend. Insbesondere den Menschen, die wegen schwerer Krankheit vorzeitig ihre Arbeit aufgeben müssen und deshalb eine Erwerbsminderungsrente beziehen, droht durch die Rente mit 67 Altersarmut. Dies ist vor dem Hintergrund der seit 2008 zum zweiten Mal gestiegenen Anzahl der Erwerbsminderungsrentner eine dramatische Entwicklung.

Der dritte Monitoring-Bericht des „Netzwerkes für eine gerechte Rente“ zeigt, dass es keine Voraussetzungen für eine Rente mit 67 gibt.



## Hamburg-Mannheimer heißt künftig Ergo

Die Hamburg-Mannheimer, mit der der SoVD seit über 40 Jahren erfolgreich zusammenarbeitet, ist seit einigen Jahren in den Ergo-Konzern eingebunden. Zu den vielen Vorteilen dieser Einbindung gehört insbesondere die finanzielle Solidität in einem starken Konzern. Vor Kurzem wurde konzernintern beschlossen, Versicherungsprodukte in Zukunft unter der Marke Ergo anzubieten. Ziel der Maßnahme ist eine weitere Stärkung der Leistungsfähigkeit als Versicherer.

So wird unter anderem das Lebens- und das Sachversicherungsgeschäft unter der Marke Ergo gebündelt. Die bisherigen Marken „Hamburg-Mannheimer“ und „Victoria“ werden auch in der Namensgebung durch „Ergo“ ersetzt. Das bedeutet: Die „Hamburg-Mannheimer“ heißt künftig „Ergo“. Die Umsetzung soll in der zweiten Jahreshälfte 2010 erfolgen.

Was bedeutet die Fortführung der ehemaligen Versicherung „Hamburg-Mannheimer“ unter der Marke „Ergo“ für unsere dort versicherten Verbandsmitglieder? Die Verantwortlichen des Ergo-Konzerns garantieren allen Mitgliedern:

- An den Ansprechpartnern/-innen für die Verbandsgruppenversicherungen ändert sich nichts.
- Die bei der Hamburg-Mannheimer abgeschlossenen Versicherungen sind sicher.
- Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Ergo-Konzerns wird weiter erhöht.

Insgesamt sollen die Partnerschaft und Zusammenarbeit im Bereich der Verbandsgruppenversicherungen durch diese Maßnahme gestärkt werden.



Foto: Röhl

Ein Schwerpunkt des 15. Kongresses Armut und Gesundheit war das Thema „Gesund aufwachsen“.

15. Kongress Armut und Gesundheit in Berlin

## Gesundheit für alle – Ethik im Spannungsfeld

Die Gesellschaft Gesundheit Berlin-Brandenburg veranstaltete im Dezember den 15. Kongress Armut und Gesundheit. „Gesundheit für alle – Ethik im Spannungsfeld“ war das diesjährige Motto.

Fast 2000 Akteure, Beteiligte und Interessierte aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen am Kongress teil – darunter auch der SoVD. Im Fokus standen Fragen wie „Wie kann eine gerechtere Gesundheitspolitik aussehen, die allen Menschen Zugang zum Gesundheitssystem bietet?“ oder „Wie können Präventionsmaßnahmen Menschen erreichen, die durch Armut besonders belastet sind?“.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema Gesundheitsziele, deren Definition und Umsetzung der SoVD seit Jahren anregt. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) und die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) haben dazu im Jahr 2000 ein Modellprojekt initiiert (Details unter [www.gesundheitsziele.de](http://www.gesundheitsziele.de)). Seit 2002 gibt es das nationale Gesundheitsziel „Gesund aufwachsen“. Auf dem Kongress wurde der Stand der Umsetzung dieses Gesundheitsziels dargestellt. Bewegt hat sich etwas in Ländern, in denen Landesministerien aktiv wurden. Sehr positiv fällt auf, dass die Landeskonzepte Leistungs- und Kostenträger ins Boot holen. So wird beispielsweise das rheinland-pfälzische Projekt „Viva Familia“ vom Land, den Krankenkassen und den Kommunen getragen und anteilig finanziert. In Sachsen wird die Kooperation mit Kitas gesucht, in denen Projekte zur Gesundheitsförderung entstehen. Evaluierungen von Projekten haben gezeigt, dass es gelang, Familien anzusprechen, die von anderen Präventionsangeboten nur schwer erreicht werden. Damit werden wichtige Forderungen des SoVD verwirklicht: Präventionsangebote werden verankert, ohne dass mehr Bürokratie und Doppelstrukturen entstehen. Auf der anderen Seite führt die Freiwilligkeit dazu, dass das Engagement regional sehr unterschiedlich entwickelt ist und der Prozess von zielgerichteter und verbesserter Prävention nicht bundesweit vorangetrieben wird. Dieser Prozess der Umsetzung von nationalen Gesundheitszielen wird von der Abteilung Sozialpolitik des SoVD weiter beobachtet.

Der 15. Kongress Armut und Gesundheit bot allen 2000 Teilnehmern die Möglichkeit, zahlreiche Initiativen und Projekte kennenzulernen, die das Ziel eines besseren Zugangs zum Gesundheitssystem für alle Menschen verfolgen.